

Statistik informiert ...

Nr. 149/2006

28. November 2006

In Schutz genommene Kinder und Jugendliche in Hamburg und Schleswig-Holstein 2005 Zunahme in Hamburg – leichter Rückgang in Schleswig-Holstein

In **Hamburg** wurden von den zuständigen Behörden im Jahr 2005 vorläufige Schutzmaßnahmen für insgesamt 1 161 Kinder und Jugendliche veranlasst. Dies geschah hauptsächlich im Wege einer vorübergehenden Unterbringung in einer Betreuungseinrichtung. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Maßnahmen um 153 Fälle oder 15 Prozent erhöht. Die „Hilfequote“ betrug 4,2 Fälle je 1 000 minderjährige Einwohnerinnen und Einwohner Hamburgs.

Wie das Statistikamt Nord mitteilt, waren 78 Prozent der unterstützten Personen zwischen 12 und 18 Jahren alt, 22 Prozent waren jünger als zwölf Jahre; 46 Prozent waren männlichen und 54 Prozent weiblichen Geschlechts. 64 Prozent hatten die deutsche und 36 Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Die Inschutznahme wurden in 27 Prozent der Fälle durch die Polizei und in 24 Prozent der Fälle durch soziale Dienste bzw. das Jugendamt ausgelöst. In ebenfalls 24 Prozent wurden die jungen Menschen selbst initiativ.

In zwei von fünf Hilfefällen konnten die Minderjährigen zu ihren Personensorgeberechtigten zurückkehren, bei knapp einem Viertel musste jedoch eine erzieherische Hilfe außerhalb des Elternhauses (z. B. in Heim oder Pflegefamilie) eingeleitet werden. Die Dauer der Schutzmaßnahmen betrug in 15 Prozent der Fälle nur einen Tag, bei einem Drittel währte sie jedoch 15 Tage und mehr.

Häufigster genannter Anlass für die in Eil- und Notfällen zur Anwendung kommende Hilfsmaßnahme war die Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils. Bei 30 Prozent der betroffenen jungen Menschen war dies zumindest ein Grund für die Inschutznahme. Bei jeweils 14 Prozent waren Beziehungsprobleme, etwa zwischen Kind und Eltern oder zwischen den Eltern, bzw. Integrationsschwierigkeiten im Heim oder in der Pflegefamilie Anlass für die Maßnahme. Anzeichen für eine Misshandlung wurden in zwölf Prozent, Vernachlässigung in neun Prozent und Suchtprobleme in fünf Prozent der Hilfefälle als ein Anlass angegeben.

In **Schleswig-Holstein** wurden im Jahr 2005 insgesamt 847 vorläufige Schutzmaßnahmen ergriffen, das war gegenüber dem Vorjahr ein Rück-

b. w.

– Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht –

Statistisches Amt
für Hamburg und Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Sitz Hamburg
Standorte: Hamburg und Kiel
Internet: www.statistik-nord.de

D-20457 Hamburg, Steckelhörn 12
Telefon: 040 42831-0, Fax: 040 42831-1700
E-Mail: poststelle@statistik-nord.de

D-24113 Kiel, Fröbelstraße 15-17
Telefon: 0431 6895-0, Fax: 0431 6895-9498
E-Mail: poststelleSH@statistik-nord.de

Vorstand:
Dr. Wolfgang Bick, Dr. Hans-Peter Kirschner

Bankverbindung:
HSH-Nordbank AG
BLZ: 210 500 00
Kontonummer: 1000345057

gang um 49 Fälle oder fünf Prozent. Damit setzt sich die seit 2001 rückläufige Entwicklung fort. Die „Hilfequote“ betrug 1,6 Fälle je 1 000 minderjährige Einwohnerinnen und Einwohner des Landes.

Von allen unterstützten jungen Menschen waren 77 Prozent im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren und 23 Prozent jünger als zwölf Jahre. Die große Mehrheit mit 83 Prozent der unterstützten Kinder und Jugendlichen hatte die deutsche Staatsangehörigkeit, nur 17 Prozent waren Ausländerinnen und Ausländer.

Die Schutzmaßnahmen wurden in 30 Prozent der Fälle durch soziale Dienste oder das Jugendamt veranlasst, eigene Initiative des Kindes oder des Jugendlichen führte in 27 Prozent und die Tätigkeit der Polizei in 20 Prozent der Fälle zu einer Inschutznahme.

45 Prozent der Minderjährigen kehrten nach der Maßnahme zu den Personensorgeberechtigten zurück, und 29 Prozent wurden außerhalb des Elternhauses betreut. Die Hilfedauer betrug bei elf Prozent der Schutzmaßnahmen nur einen Tag, jedoch bei 41 Prozent 15 oder mehr Tage.

Häufigster Anlass für die Schutzmaßnahmen war die Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils (49 Prozent), gefolgt von Beziehungsproblemen beispielsweise zwischen Kind und Eltern oder zwischen den Eltern (26 Prozent). Vernachlässigung war bei 13 Prozent der Unterstützten zumindest ein Grund für die Hilfe. Delinquenz des Kindes oder Jugendlichen (neun Prozent), Suchtprobleme (acht Prozent), Misshandlungen (sieben Prozent) sowie Integrationsprobleme im Heim oder in der Pflegefamilie (sechs Prozent) waren weitere wichtige Gründe.

Kinder und Jugendlichen mit vorläufigen Schutzmaßnahmen 2005 in Hamburg und Schleswig-Holstein nach dem Anlass der Hilfestellung¹

Anlass bzw. Grund der Hilfestellung	Hamburg	Schleswig-Holstein
Kinder- und Jugendliche insgesamt und zwar	1 161	847
Anlässe / Gründe insgesamt ¹	1 595	1 323
Überforderung der Eltern oder eines Elternteils	345	417
Beziehungsprobleme	164	224
Integrationsprobleme in Heim oder Pflegefamilie	162	53
Vernachlässigung	104	108
Anzeichen für Misshandlung	145	58
Suchtprobleme des Kindes oder des Jugendlichen	58	66
Delinquenz des Kindes / Straftat des Jugendlichen	43	72
Schul-/Ausbildungsprobleme	52	30
Wohnungsprobleme	48	8
unbegleitete Einreise aus dem Ausland	38	16
Anzeichen für sexuellen Missbrauch	30	17
Trennung oder Scheidung der Eltern	17	12
sonstige Probleme	389	242

¹ Für jedes Kind oder Jugendlichen konnten bis zu zwei Anlässe/Gründe angegeben werden.

Ansprechpartner:

Thorsten Erdmann
 Telefon: 040 42831-1757
 E-Mail: thorsten.erdmann@statistik-nord.de